Geldpolitik

Lass fahren dahin

Bis vor Kurzem konnte mindestens eine ganze halbe Generation glauben, niemals mehr umlernen zu müssen: Die Kanzlerin der Bundesrepublik heißt – man weiß es. Wie viel sie nun doch umlernen muss, die Nachkommenschaft der früh verrenteten Achtundsechziger, weiß sie noch nicht. Aber dass es auf Notgroschen vom Sparbuch keine Zinsen gibt, das darf immerhin Altersweisheit bleiben. Und ist ja auch für jeden ganz klar, der noch ein bisschen Tagespolitik liest. Dieser Italiener als EZB-Präsident muss doch weiter seinem Land helfen! Pure Selbstverständlichkeit in Zeiten der nationalen Besinnung auf Heimat allüberall.

Bedenkenswert darf aber dennoch bleiben, mit welcher Grazie die Freunde des geschenkten Notenbankgeldes auf den Erfolg ihrer Durchsetzungskraft verweisen können: Krisenländer prolongiert, Krisenbanken erhalten, Inflationsraten gerade wieder messbar, sparen nirgends mehr empfehlenswert! Hätten etwa höhere, „richtigere" Notenbankzinsen nicht das Wachstum getötet, die Finanzkrisen wiederholt? Irgendwann ist es einmal herrschende Ökonomen-Meinung gewesen, dass andauernd „billiges Geld" die „große Inflation" geradezu anfüttere. Und dass Kaufkraftverluste von sieben bis acht Prozent durch höchst restriktive Bundesbankpolitik in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts ja nur eine Art Betriebsstörung der monetären wie fiskalischen Bremsen gewesen seien. In den geldpolitischen Rückblicken auf die Draghi-Zeit werden sich die alten Freunde klassischer Stabilitätspolitiken demnächst aber doch schwertun, wenn zu erklären ist, warum grenzenlos billiges Geld so wenig inflationäre Ergebnisse gezeitigt hat wie jetzt.

Die einfachste Erklärung wäre, dass das Notenbanksystem seinen Verzicht auf den Zins „einfach" mit immer härteren Regulierungen der Bankkredite verbunden hat, vor allem mit immer drastischerer Eigenkapitalanforderung. Deshalb sei es kaum zu Kreditblasen gekommen, also nicht zu herkömmlichen kreditinduzierten Preissteigerungen. Aber auch dies stimmt so glatt nicht. Denn die Bilanzen der südeuropäischen Banken weisen gerade wieder und immer noch so hundsmiserable Bonitäten auf, dass man der EZB-Zinspolitik nicht nur die völlig irrsinnige Finanzierung von Staatshaushalten, sondern eben auch die der kranken nationalen Industrien vorwerfen kann. Aber die Inflation, die steigt dennoch in Europa mitnichten. Schlägt also das Angebot des „Wirtschaftswachstums" aus Geldschwemme die Gesamtnachfrage durchaus andauernd?

Zahlungsverkehr

Apple Pay – Wettbewerbshüter am Zug

Oft schon hatten Marktbeobachter nicht nur den großen Durchbruch des mobilen Bezahlens in Deutschland vorausgesagt, sondern auch den Start von Apple Pay. Beim Mobile Payment gibt es zwar mittlerweile allerhand Bewegung – den Massenmarkt hat das Bezahlen per Smartphone oder Smartwatch jedoch noch immer nicht erreicht. Bei Apple Pay indessen kann jetzt Vollzug gemeldet werden: Seit dem 11. September ist das mobile Bezahlverfahren des Technologieriesen in Deutschland verfügbar – vier Jahre nach der Einführung in den USA, vier Monate, nachdem Konzernchef Tim Cook Anfang August den Marktstart für „später 2018" angekündigt hatte, und ein halbes Jahr nach dem Start von Google Pay in Deutschland. Deutschland ist damit das 32. Land, in dem I-Phone-Kunden das Verfahren nutzen können – vorausgesetzt, sie verfügen über Karten der richtigen Emittenten. Zum Start dabei sind American Express, Comdirect, Deutsche Bank, Fidor Bank, Hanseatic Bank, HVB, N26, O_2 Banking sowie Boon, die niederländischen Anbieter Bunq und Vimpay sowie der Gutscheinkartenanbieter Edenred.

Diese Liste zeigt: Der Gegenwind seitens der Banken ist immer noch hoch – nicht nur, aber auch weil man die ohnehin schmalen Margen im Zahlungsverkehr ungern mit anderen Playern teilen will. Hier muss jeder Emittent für sich abwägen, ob sich das lohnt. Ganz ausgeschlossen scheint das nicht. Sonja Scott, Deutschland-Chefin von American Express, geht davon aus, dass Emittenten mit Apple Pay trotzdem noch Geld verdienen werden – weil man auf diesem Weg Umsätze auf die Karte bekommen wird, die ansonsten in bar erfolgt wären.

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

Die Disagien sind aber nur das eine. Es geht auch ums Prinzip: Wenn Banken im Interesse von Innovation und Wettbewerb ihre Kontoschnittstellen für Dritte öffnen müssen, dann soll das Gleiche auch für die Technologieanbieter und damit auch für Apple gelten. Diese Forderung der Kreditwirtschaft wird vor allem seitens der beiden kreditwirtschaftlichen Verbünde in Deutschland erhoben. Dem ist aber nicht so. Das Verfahren stehe „nur einem sehr engen Nutzerkreis teilnehmender Banken zur Verfügung", heißt es in der Sparkassen-Pressemitteilung zum Apple-Pay-Start – eben weil Apple die NFC-Schnittstelle nicht für andere Anbieter öffnet und auch die Girocard bisher nicht als Zahlungsmittel integriert hat. Aus Sicht der Sparkassen ist aber genau das Voraussetzung dafür, dass sich mobile Bezahllösungen in Deutschland durchsetzen können. Die Forderung lautet deshalb: „Um die Weiterentwicklung mobiler Zahlungslösungen hierzulande nicht zu bremsen, sollte Apple den Industriestandard NFC an seinen Endgeräten zu angemessenen Konditionen nicht nur für die eigene Lösung, sondern auch für Dritte öffnen." Ob sich in diesem Sinne eine Lösung dafür finden lässt, dass die Sparkassen (und andere) mobile Bezahllösungen inklusive Girocard auch Apple-Kunden anbieten können, darüber führt der DSGV mit Apple Gespräche. Ein bisschen Druck vonseiten der Regulatoren und/oder Wettbewerbshüter wäre da sicherlich hilfreich.

Die Anzeichen aus Brüssel sind indessen noch nicht allzu ermutigend. Bei ihrer ersten Betrachtung der Problematik hatte EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager keine marktbeherrschende Stellung von Apple Pay bei mobilen Bezahldiensten festgestellt. Sollte es „offizielle Beschwerden" in Hinblick auf Apple Pay geben, werde man dies aber „sehr ernst" nehmen und sich das Thema wohl erneut ansehen, sagte die Dänin in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters. Der Druck, dies zu tun, könnte aber möglicherweise bald steigen. Denn in einzelnen Ländern haben sich Wettbewerbsbehörden dieser Angelegenheit bereits angenommen, so in Dänemark und in Großbritannien.

Einen Erfolg im Umgang mit Apple meldete Mitte Dezember das Schweizer Mobile-Payment-System Twint. Apple willigte nämlich ein, die Twint-App nicht mehr durch die eigene Bezahlfunktion „wegzudrücken", indem beim Bezahlen per I-Phone automatisch Apple Pay als Zahlungsmethode ausgewählt wird. Auch wenn es in der Schweiz nicht um die NFC-Schnittstelle auf I-Phones geht, so zeigt das Beispiel doch: Mit den Wettbewerbsbehörden will sich Apple offenbar nicht anlegen und es auf langwierige Rechtsstreitigkeiten ankommen lassen. Das sollte den deutschen Banken auch in Sachen Schnittstelle Mut machen.

Banken

Anhaltende Renditeschwäche

„Deutschlands Banken stecken weiter in der Renditefalle". Zu diesem Schluss kommt die Managementberatung Bain & Company in ihrer aktuellen Studie „Deutschlands Banken 2018: Schneller, stärker … und rentabler?" „Die rückläufigen Erträge sowie zunehmenden IT- und Regulierungskosten verhindern, dass sich ihre Sparanstrengungen in steigenden Renditen niederschlagen", betont Walter Sinn, Bain-Deutschlandchef und Co-Autor der Studie. Kein überraschendes Ergebnis, angesichts der seit Jahren angespannten Zinssituation. Auch die zunehmenden Kosten für Digitalisierung und Regulatorik drücken nicht erst seit diesem Jahr auf die Rendite der Banken. Und dieser Druck wird kaum nachlassen. Trotzdem hat die Studie insofern gute Nachrichten, als über alle Banksektoren hinweg die durchschnittliche Eigenkapitalrendite der deutschen Institute gestiegen ist, wenn auch nur minimal von 1,8 auf 2 Prozent. Setzt man dies in den internationalen Kontext, bleiben die Zahlen ernüchternd – die größte amerikanische Bank konnte 2017 eine Eigenkapitalrendite von 15 Prozent verzeichnen, für die gesamte Branche erwarten Experten dank der US-Steuerreform einen Anstieg der Eigenkapitalrendite auf 14,5 Prozent.

In Deutschland konnten die Autofinanzierer die beste Rendite verzeichnen (8,8 Prozent). Dahinter folgen die Direktbanken (7,8 Prozent) und die Spezialbanken (5,9 Prozent). Hoffnung auf bessere Zeiten kommt vor allem bei den zuletzt arg gebeutelten Landesbanken und Großbanken auf. Die Eigenkapitalrendite bei den Landesbanken stieg laut Bain von 2,7 auf 3,7 Prozent, bei den Großbanken wie Deutsche Bank oder Commerzbank von 1,1 auf 2,5 Prozent. Die Genossenschaftsbanken

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

brachten es auf eine Rendite von 2,8 Prozent, die Sparkassen auf 1,7 Prozent. Sie müssen sich trotzdem nicht verstecken, denn die eigenkapitalstärkende Risikovorsorge gemäß § 340g HGB wird aus dem Aufwand herausgerechnet. Rechnet man diesen Posten wieder hinzu, schnitten die Genossen mit einer Eigenkapitalrendite von 7,0 Prozent und die Sparkassen mit 6,5 Prozent deutlich besser ab.

Die Banken steuern laut Bain in die richtige Richtung, sind von ihren Zielen und internationalen Wettbewerbern aber noch meilenweit entfernt. Denn trotz kleinerer Hoffnungsschimmer ist Fakt: Nur jede zwölfte Bank verdient Bain zufolge hierzulande ihre Eigenkapitalkosten, die die Berater mit 4,9 Prozent beziffern. 2016 sei es auf derselben Berechnungsgrundlage noch jede zehnte gewesen. Als Lösung sehen die Macher der Studie mehr Konsequenz auf der Kostenseite und mehr Kreativität beim Geschäftsmodell. Denn trotz aller bisherigen Anstrengungen verbleibt nach Bain-Analysen branchenweit ein Einsparpotenzial von rund 20 bis 25 Milliarden Euro. Fusionen und Übernahmen können dabei behilflich sein, das volle Potenzial ihrer Geschäftsmodelle auszuschöpfen.

Trotzdem warnen die Macher der Studie davor, dass Integrationsrisiken dabei nicht außer Acht gelassen werden dürfen und nicht jeder Zusammenschluss gelingt. Bankfusionen können die Kosten im Schnitt um 30 Prozent senken, gleichzeitig sind die Einmalkosten nicht zu unterschätzen und machen im Schnitt 150 Prozent der jährlich zu erwartenden Synergien aus. In Deutschland gilt aufgrund des strengen Arbeitsrechtes sogar eher der Faktor 2. Es gibt also wieder nicht „den" Weg aus dem Renditeloch der Banken, aber viele kleine Stellschrauben an denen die jeweiligen Institute drehen können. Und die Hoffnung nach einer Zinswendung stirbt bekanntlich zuletzt.

Finanzbildung

Der mündige Wirtschaftsbürger

Seit September 2018 ist Burkhard Balz im Vorstand der Deutschen Bundesbank und hat dort die Zuständigkeit für den unbaren Zahlungsverkehr und die Verantwortung für die ökonomische Bildungsarbeit übernommen. Über Letzteres hat er einen Impulsvortrag beim jüngsten Börsenfrühstück auf dem Parkett der Frankfurter Börse gehalten. In seiner Rede „Ökonomische Bildung – Herausforderung und Aufgabe für alle am Finanzplatz" betonte er die Wichtigkeit der verstärkten Förderung von ökonomischer Bildung. Seine Befürchtung: Mangelndes Wissen über die Aufgaben und Funktionen des Geldes, der Finanzmärkte und ihrer Institutionen kann im Krisenfall schnell in mangelndes Vertrauen gegenüber Banken, Börsen oder Notenbanken umschlagen.

Das ist an sich kein neues Thema, jedoch durchaus ein Steckenpferd der Bundesbank, die nach eigenen Angaben danach strebt „Zentralbankwissen" zu vermitteln. Darunter versteht sie grundlegende Sachverhalte aus den Bereichen Geld, Währung und Zentralbankhandel. Die Bundesbank informiere bereits durch zahlreiche Vorträge und stelle Materialien online zur Verfügung. Auch das Geldmuseum ist mit insgesamt rund 400 gehaltenen Vorträgen, vor allem für Schüler und Studierende, ein wichtiger Bestandteil der Bildungsarbeit.

Trotz der eigenen Bemühungen sieht der neue Bundesbankvorstand den regelmäßigen Austausch und die gegenseitige Unterstützung der Akteure am Finanzplatz als erforderlich, um den Erfolg von Maßnahmen in diesem Bereich zu steigern. Viele private und öffentliche Initiativen zur Vermittlung von Wissen gebe es bereits und auch in den Lehrplänen sei in den vergangenen Jahren zu beobachten, dass ökonomische Inhalte grundsätzlich mehr Raum bekommen. Was noch fehle, sei „echtes" Interesse der Schüler und auch der Erwachsenen.

Balz vergleicht das Interesse von Fußball mit dem Interesse der Deutschen an Finanzen, mit dem nicht sehr überraschenden Schluss: Mario Götze bekommt mehr Einschaltquoten bei Pressekonferenzen als Mario Draghi. Obwohl sich das auch nicht so schnell ändern wird, hat die Bundesbank langfristig den Anspruch, die Öffentlichkeit für Wirtschafts- und Finanzthemen zu interessieren, so dass sie sich von sich aus mit Wirtschaftsfragen beschäftigt. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, wird in der Vermittlung von Wissen jedoch noch einiges passieren müssen.

Als einen ersten Schritt appelliert die Bundesbank, bei der Vermittlung von Finanzwissen

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

eine deutliche Abgrenzung vom eigenen Marketing zu haben. Denn bei einer Vermischung beider Aktivitäten kann schnell der Eindruck entstehen, die Nutzer der Bildungsmaßnahmen unterschwellig beeinflussen zu wollen. Dies schadet dann nicht nur dem eigenen Ansehen, sondern diskreditieren möglicherweise auch die Anstrengungen der anderen Finanzplatzakteure.

Das Ziel des Programms für ökonomische Bildung ist langfristig der „mündige Wirtschaftsbürger". Dieser soll laut der Bundesbank über Kenntnisse, Fähigkeiten, Möglichkeiten und Einstellungen verfügen, ökonomisch geprägte Lebenssituationen bewältigen zu können und sich mit Fragen kompetent auseinanderzusetzen. Doch bis er die Regel anstatt die Ausnahme ist, wird es noch etwas dauern. Denn ökonomische Bildungsaktivitäten kosten Zeit, Arbeit und damit Geld und ihr Nutzen ist nicht immer direkt messbar. Dieses Thema wird uns also wohl die nächsten Jahre noch etwas begleiten.

Wettbewerb

Unverschämt

Liebe Vorstände von Deutschlands Sparkassen und Volksbanken Raiffeisenbanken. Haben Sie sich schon an die BaFin mit der Bitte um Unterstützung gewandt. Da gibt es doch tatsächlich andere Banken, die kostenlose Girokonten anbieten und Ihnen damit Kunden und Erträge wegnehmen. Das geht doch nicht. Die BaFin sollte in ihrer Funktion als neutrale Aufsichtsbehörde da doch bitte mal einschreiten und die Kunden privat anschreiben, was das soll. Und sie auffordern, doch gefälligst bei einer Sparkasse oder Volksbank Raiffeisenbank zu bleiben.

Das haben Sie natürlich nicht nötig. Sie können auch ohne Hilfe gut im Wettbewerb bestehen und reüssieren. Deutschlands Autohersteller offensichtlich nicht. Denn warum sonst sollte das Kraftfahrt-Bundesamt Bürgerinnen und Bürger privat zu Hause anschreiben, mit der unverhohlenen Aufforderung, ihre schmutzigen Diesel endlich in ein sauberes und modernes Auto umzutauschen und die prima Angebote der Hersteller anzunehmen. Das ist schlicht und einfach unverschämt!

Sparkassen

Die kümmern sich

Sparkassen sind gut für Deutschland. So lautet der Slogan von Deutschlands großer öffentlicher Verbundgruppe. Und das ist unbestritten, was übrigens genauso für die Volks- und Raiffeisenbanken gilt. Sparkassen sind Finanzierer der Realwirtschaft, großer Steuerzahler, Arbeitgeber in den Regionen, fördern sportliches und kulturelles Engagement.

„Auf die Sparkassen ist Verlass – auch und vor allem dann, wenn wir einmal mehr Widersprüche aushalten müssen und uns neuen Anforderungen stellen. Diese Haltung fußt auf unserem über Jahrhunderte gewachsenen Geschäftsmodell. Damit verbinden wir Nähe und das gemeinsame Interesse an einer guten Entwicklung der Regionen, ebenso wie die Überzeugung, dass alle Menschen in unserem Land, ungeachtet der Höhe ihres verfügbaren Einkommens und ihrer wirtschaftlichen Situation, ein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe haben", so schreibt es DSGV-Präsident Helmut Schleweis im Vorwort des aktuellen „Berichts an die Gesellschaft".

Und nun machen sich die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute auch noch um die Pflege des deutschen Liedguts verdient – zumindest in Teilen Südwest-Deutschlands. Heißt es doch: „Als tief in Baden-Württemberg verwurzelte Finanzgruppe stand schon länger die Frage im Raum, ob es denn auch ein Liederbuch gibt, das das ganze Land abdeckt. Bei der Recherche gab es zwar zahlreiche badische und schwäbische Liederbücher, aber so gut wie keine baden-württembergischen Liedersammlungen."

Das geht natürlich gar nicht: Also hat sich der Sparkassenverband Baden-Württemberg kurzerhand entschlossen, seiner Verantwortung nachzukommen und diese Lücke zu schließen. Pünktlich kurz vor Weihnachten erschien das erste Sparkassen-Liederbuch. 112 Lieder für jeden Anlass, natürlich mit den beiden „Hymnen", dem Badner Lied und dem Lied der Württemberger. Aber Sparkassen wären nicht Sparkassen, wenn es nicht auch ums Geld ginge. Natürlich wurden auch Lieder rund ums Geld mit aufgenommen. Wie schön, dass es die Sparkassen gibt.

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH